



Der Freistaat Bayern zahlt den Löwenanteil, die Stadt Coburg ist mit rund einem Drittel beteiligt: Das sieht die Finanzierungsvereinbarung für die Generalsanierung des Landestheaters vor.

Foto: Dieter Ungelenk

Bürger ohne Dialog

Coburgs Altstadtfreunde haben viele Fragen zur Generalsanierung des Landestheaters. Konkrete Antworten liefert ihr Diskussionsabend nicht.

Von Dieter Ungelenk

COBURG. „Den Ball flach halten!“, raten die Besonnenen. „Uns läuft die Zeit davon!“, warnen die Besorgenen. So groß wie die Sorge um das Coburger Landestheater ist die Kritik an mangelnder Transparenz und dem schleppenden Fortgang der Generalsanierung. Nach 20 Jahren der Verhandlungen, Verheißungen und Vertröstungen gewinnt sie zwar derzeit an Fahrt, die Planungen haben zum zweiten Mal begonnen, der zuständige Minister will gar „aufs Tempo drücken“, wie er im Interview mit unserer Zeitung versichert. Doch Vertrauen und Geduld vieler Bürger schwinden – und der Zweifel am politischen Willen wächst. Denn mit jedem versäumten Monat steigen die Kosten und sinkt die Akzeptanz in der Bevölkerung.

Welche Wirkung die Grobschätzung von 167 bis 360 Millionen Euro hat, muss Stadt und Freistaat klar gewesen sein, als sie diese Summen bei der Unterzeichnung der Finanzierungsvereinbarung im Juli 2023 in die Schlagzeilen brachten, ohne ihre Grundlage offenzulegen. „Ich empfinde diese Zahl als Drohung!“, sagt beispielsweise die Theaterfreundin Gudrun Möckl; „die gigantische Summe hat die Leute schockiert und vor den

Kopf gestoßen“, kritisiert auch Clemens Eichfelder, Mitglied der Coburger Altstadtfreunde.

Der Verein engagiert sich für die Beschleunigung der Generalsanierung und mehr Transparenz. Darum hat die Vorsitzende Christa Minier am Donnerstagabend zum „Bürgerdialog“ ins Münchner Hofbräu geladen. Rund 60 Bürger sind gekommen, doch zum Dialog fehlt ihnen das Gegenüber: Weder Stadtspitze noch Landestheater haben Vertreter gesandt, aus dem Stadtrat sind gerade mal zwei Mitglieder gekommen: Hans-Heinrich Eidt (FDP) und Antoinetta Bafas (CSU).

Präsentation im Stadtrat

Viel Licht ins Dunkel der wechselvollen Sanierungsgeschichte können auch sie mit Verweis auf die Bauherrschaft des Freistaats nicht bringen, doch die Kulturbeauftragte Bafas lädt ein zur nächsten Stadtratssitzung am 18. April: Hier steht ein Bericht des Staatlichen Bauamts zur Wiederaufnahme der Planungen auf der öffentlichen Tagesordnung. „Wir alle stehen hinter der Generalsanierung!“ versichert Bafas – die Schilderungen ihres Kollegen Eidt bestätigen allerdings eher die Skeptiker: Als der Stadtrat im vergangenen Sommer hinter verschlossenen Türen über die Finanzierungsvereinbarung debattierte und einen Bürgerentscheid erwog, drohte das Vorhaben „in die Hose zu gehen“. Nur dank Ausstiegsklauseln stimmte die große Mehrheit letztlich für den Vertrag. Sie erlauben beiden Seiten den Rückzug während der Planungsphasen und sind nicht

an konkrete Kostensteigerungen gebunden. Warnungen der Altstadtfreunde vor einem „Ausstieg durch die Hintertür“ wurden jedoch mehrfach von Oberbürgermeister Dominik Sauerteig zurückgewiesen.

Kurz vor dem Bürgerdialog, an dem der OB wegen Urlaubs nicht teilnehmen konnte, beantwortete sein Sprecher Louay Yassin einen Fragenkatalog der Altstadtfreunde weitgehend mit Verweisen auf die Zuständigkeit des Eigentümers und Bauherrn Freistaat Bayern. Aktuell gehe die Stadt davon aus, „dass es zu einer Generalsanierung kommt“. Die Auslagerung einer Sparte sei ebenso wenig geplant wie die dauerhafte Nutzung des Globe als Teil des Landestheaters, wie sie die FDP-Fraktion ins Gespräch gebracht hat. Im Mittelfristigen Investitionsplan der Stadt, der bis 2027 reicht, sind laut Yassin „keine Zahlungen der Stadt als Co-Finanzier an den Freistaat zu leisten“ – obwohl die Planungen bereits 2024 beginnen und die Bautätigkeit 2027 beginnen soll.

„Warum bildet die Stadt keine Rücklagen?“ – die Frage einer Diskussionsteilnehmerin bleibt an diesem Abend ebenso offen wie die Frage nach dem zielführenden Weg: „Wir müssen den außerparlamentarischen Druck erhöhen!“ fordert ein pensionierter Jurist. „Lasst uns die Schärfe aus der Diskussion nehmen, wir dürfen unser Pulver nicht verschießen“, meint hingegen Rupert Appeltshäuser, der als Vorsitzender der Initiative Stadtmuseum strategische Erfahrung mitbringt. Er rät: „Erst wenn ein Kostenplan vorliegt, ist die Zeit für die politische Auseinandersetzung gekommen.“